



Monique Die Henne umrundet die Welt auf einem Segelboot.

Von Edgar Schuler

Frische Eier auf hoher See

Christoph Columbus hatte 1492 auf seiner Fahrt nach Amerika eigens eine Katze an Bord geholt. Sie lebte fürstlich von der Jagd auf die Ratten an Bord. Vasco da Gama, der sechs Jahre später den Seeweg nach Indien entdeckte, hatte auf seinen Schiffen Katzen (und auch zwei Hunde) dabei. Das sind die bekannteren Exemplare des Typs Bordkatze, die seit den Phöniziern die Meere befahren.

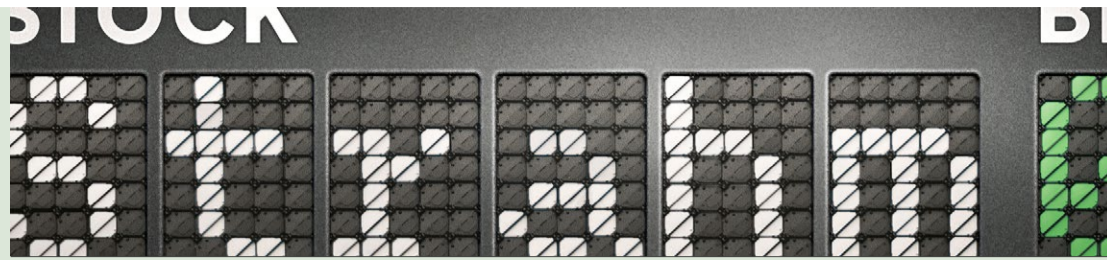
Für ein ganz anderes Tier hat sich Guirec Soudée, ein Abenteurer aus Frankreich, auf seiner Weltumsegelung entschieden. «Ich wusste sofort, dass sie die eine ist», sagt der 24-Jährige über seine Henne Monique. Er fand das damals fünf Monate alte Huhn auf den Kanarischen Inseln, wo er im Mai 2014 zu seinem Trip startete. «Ich spreche kein Spanisch und sie kein Französisch, aber wir verstehen uns.»

So viel öffentliche Empathie hat noch kaum ein tierischer Schiffsbegleiter erfahren. Und es kam, wie es kommen musste im 21. Jahrhundert: Monique wurde zu einer Internetsensation. Auf Instagram, wo sonst die Kardashians, Selena Gomez oder Justin Bieber ihre Selfies der Welt kundtun, steht Monique hoch im Kurs: wahlweise am Strand, auf einer Eisscholle, auf hoher See beim Sonnenuntergang oder, effektivvoll, mit schlagenden Flügeln auf einem Rollbrett.

Der zunehmende Onlineruhm ist also zweifellos ein erfreulicher Nebeneffekt dieser die Sprachgrenzen überschreitenden Seelenverwandtschaft zwischen Soudée und seinem Huhn. Denn der Breitone zählt für seine Weltumsegelung auf Sponsoren. Die Mittel sind knapp: Nach der Atlantiküberquerung blieb der Abenteurer fast ein Jahr auf St. Barts in der Karibik, um mit Gelegenheitsarbeiten das Geld für die Weiterfahrt zu verdienen. Unterdessen sind Mann und Huhn nach Grönland weitergesegelt, wo sogar die BBC auf die zwei aufmerksam wurde.

Das Leben an Bord verläuft überwiegend harmonisch. Monique gibt dem Skipper nicht viel zu tun. Sie darf sich auf dem Deck des knapp 12 Meter langen Segelboots Yvinec frei bewegen. Dabei hat sie sich veritable Seebeine angeeignet. Nur wenn der Seegang wirklich zu hoch ist, verfrachtet sie Soudée in eine Kiste. «Anders als die meisten Menschen beklagt sie sich nie», sagt er. «Ich muss aber zugeben: Dann und wann geht sie mir mit ihrem Gegacker auch auf die Nerven.»

Dafür sie hat einen ganz besonderen Vorteil: Monique legt fast jeden Tag ein frisches Ei. Man hatte Soudée vor der Abfahrt gesagt, dass auf hoher See eher nicht damit zu rechnen sei. Indem sie nun aber so fleissig Frühstückszutaten liefert, schafft Monique die besten Voraussetzungen, um dem Schicksal von Vasco da Gamas Katzen und Hunden zu entgehen: Auf der Rückfahrt von Indien gingen dem Entdecker die Lebensmittel aus, weshalb die Mannschaft ihre tierischen Reisebegleiter kurzerhand schlachtete und verspeiste.



Kolumne Rudolf Strahm

Mit Auslandhilfe das Asylproblem anpacken

11 Milliarden Franken hat der Nationalrat in der vergangenen Session für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe für die vier Jahre 2017 bis 2020 bewilligt. Die Politikerdebatte drehte sich auf tiefem Niveau und schwachem Kenntnisstand hauptsächlich um die Höhe der Finanzmittel. Die dringende Frage nach den Prioritäten der Entwicklungshilfe kam zu kurz. Nur wenige wagten angesichts des gehässigen Streits um die Finanzmittel auch die qualitative Frage nach dem Sinn, den Zielen und Prioritäten zu stellen. Dabei ist es Zeit, nach bald 50 Jahren Entwicklungspolitik auch die Zukunftsprioritäten zu klären. Die ganze Strategie, die der Bundesrat in seiner 450-seitigen Botschaft ausbreitet, läuft unter dem Motto: «More of the same» - weiter wie bisher, auch weiter mit dem Sammelsurium von Zielen und Einzelprojekten.

Ich gehöre zu den entwicklungspolitisch engagierten «tiers-mondistes» der ersten Jahre, als es darum ging, die Entwicklungshilfe in der Schweiz überhaupt zu einem Thema zu machen und die geistige Enge aus dem Zweiten Weltkrieg zu überwinden. Heute bin ich im Zweifel - und habe als «Veteran» das Privileg, diese auch zu äussern -, ob die Entwicklungspolitik ihre Prioritäten auf die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse der armen Länder, vor allem des afrikanischen Kontinents, ausrichtet. Sie läuft an der Kernursache des ökonomischen und gesellschaftlichen Niedergangs Afrikas und der damit verbundenen Emigration vorbei.

Die Hälfte der Bevölkerung in Nordafrika und in Subsahara-Afrika ist heute unter 26-jährig. Millionen werden in den nächsten Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten. Nach der UNO-Prognose werden allein südlich der Sahara in den nächsten 15 Jahren weitere 434 Millionen Menschen zusätzlich hinzukommen, das sind 29 Millionen mehr pro Jahr. Auch wenn nur ein Bruchteil dieses Bevölkerungsüberschusses auf Migration drängt, bekommt Europa ein Problem.

Hauptthema ist auf dem ganzen afrikanischen Kontinent die Arbeitsbeschaffung. Es gibt keine grössere Demütigung für einen jungen Menschen als das Gefühl, er werde nicht gebraucht. Arbeitsintegration muss die entwicklungspolitische Priorität Nummer eins sein.

Arbeitsintegration heisst Berufsbildung. Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es Hunderttausende von Unisitätsabsolventen, die keinen Job haben oder bestenfalls als administrative Beamte die Regierungsbürokratie bevölkern. Die Mehrzahl der jungen Uniabgänger sind «chômeurs diplômés», also Arbeitslose mit Diplom, aber ohne Berufsbefähigung. Gleichzeitig gibt es kaum praktisch ausgebildete Fachkräfte - etwa Bauleute, Elektriker, Automechaniker, oder Monteure, die diesen Namen verdienen. In der afrikanischen Elite hat Handwerk ein soziales Stigma. Es fehlt in den fragilen Staaten auch nach 50 Jahren Entwicklungshilfe die qualifizierte Berufsarbeit, es fehlt eine Facharbeiterschaft. Pfusch und Unzuverlässigkeit sind Standard.

Verzettelte Entwicklungsprioritäten

Diese Situationsanalyse ist unbestritten. Demzufolge sollte in der Entwicklungszusammenarbeit heute und in Zukunft die Arbeitsbefähigung und Arbeitsbeschaffung absolute Priorität haben. Und zwar nicht über die Hochschulen, sondern in den praktischen Berufen, im Handwerk, in gewerblichen und technischen Berufsfeldern, in zwei Dutzend Dienstleistungsberufen. Die Schweiz hätte, wie Deutschland, mit ihrem Berufsbildungssystem ein Exportmodell anzubieten. Wer einen praktischen Beruf erlernt hat, ist auch in Afrika arbeitsmarkttauglich, eignet sich für die Selbstbeschäftigung und die Eröffnung eines gewerblichen Kleinbetriebs.

Doch was macht die Schweiz mit ihren Milliarden der Auslandhilfe? Nur gerade 3,9 Prozent der gesamten Finanzmittel gehen nach Angaben der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in die Berufsbildung. Noch vor zwei Jahren waren es nur 2 Prozent, und in der Osteuropahilfe

nur gerade 1 Prozent. Eigentlich sollten es 50 Prozent sein. Auf sage und schreibe 68 Entwicklungsländer werden nach Angaben des Deza-Chefs die Mittel verzettelt. Die sieben «strategischen Ziele», die der Bundesrat aufführt, beziehen sich auf Allerweltsthemen wie Krisenprävention und -bewältigung, Ressourcenzugang, nachhaltiges Wachstum, Institutionenentwicklung, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung. Das sind alles erstrebenswerte Entwicklungsziele! Aber werden damit Arbeitsbefähigung, Berufsqualifikation zur Selbstbeschäftigung oder marktfähige Betriebe geschaffen? Das Sammelsurium von Zielen erklärt sich historisch aus früheren, stets wechselnden Entwicklungsdoktrinen. Eine einzige Person in der 500-köpfigen Bürokratie der Deza ist für die Berufsbildung zuständig, und die junge, subalterne Sachbearbeiterin ist administrativ bloss in der Lateinamerika-Sektion untergebracht.

Auch die privaten Entwicklungsorganisationen, die immer mehr auch mit Deza-Geldern operieren, müssen sich öffentlich die Frage stellen lassen, weshalb sie die Berufsbildung und Arbeitsmarktbefähigung vernachlässigen. Einzig die wirtschaftsnahe Swisscontact konzentriert ihre Tätigkeit auf die Gründung und den Betrieb von Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten.

Strategische Prioritäten nötig

In der Parlamentsdebatte hat nur die CVP-Fraktion die Frage nach den Prioritäten der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit glaubwürdig zum Thema gemacht. Die Fraktion unterstützte im Gegensatz zu SVP und FDP die Finanzanträge des Bundesrats, aber sie beantragte eine Zurückweisung der Vorlage, damit endlich Prioritäten gesetzt und die Schwerpunkte mit der Migrations- und Asylpolitik verknüpft werden. Ich hätte diesem Rückweisungsantrag zugestimmt. Denn die Deza, die jeweils von einem Karrierediplomaten ohne Felderfahrung im beruflichen Turnus geführt wird, hat eine strategische Neuausrichtung dringend nötig. Dringend ist auch die bessere Koordination des Deza mit den Staatssekretariaten für Wirtschaft, für Migration und für Bildung, die alle Bundesmittel in der Auslandhilfe einsetzen. Private Hilfswerke können ihrem grössten Geldgeber nicht zu nahe treten, das ist verständlich. Der Anstoss zum Strategiewechsel muss von aussen kommen.

Befürworter und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit haben behauptet, die Finanzmittel der Deza dürften nicht mit der Asyl- und Migrationsfrage verknüpft werden. Das ist völlig rückwärtsgerichtet und realitätsfern. Im Gegenteil, die Entwicklungszusammenarbeit ist in Zukunft schwerpunktmässig für Migrationsverhinderung durch Berufsbefähigung, durch Asylrückschaffung mit Migrationspartnerschaften und durch Rückübernahmeabkommen einzusetzen. Die afrikanischen Asylpersonen sind meist Armutsfüchtlinge. Warum soll es abwegig sein, die Rückführung von Asylpersonen mit dem Versprechen zu kombinieren, dass sie, je nach Situation, im Herkunftsland oder im permanenten Flüchtlingslager oder in der Schweiz eine Befähigung zur späteren Berufsausübung in ihrem Ursprungsland erwerben können?

«Asylbewerber aus Afrika sind meist Armutsfüchtlinge.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann sowie mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

Sexistische Werbung Wer an ihr festhält, verwechselt etwas.

Von Salome Müller

Zeit für neue Gewohnheiten

SP-Nationalrätin Yvonne Feri (AG) denkt zurzeit laut darüber nach, einen Vorstoss im Parlament einzureichen - es geht um sexistische Werbung. Feri formuliert so vorsichtig, als wüsste sie schon, wie vergeblich ihr Ansinnen ist. «Der Bundesrat soll aufzeigen, wo es Möglichkeiten gibt, sexistische Werbung im öffentlichen Verkehr einzuschränken oder zu verbieten», sagte sie der «Schweiz am Sonntag». Vorbild dieser Idee ist Londons neu gewählter Bürgermeister Sadiq Kahn: Vergangene Woche hat er ein entsprechendes Verbot für alle Fahrzeuge und Haltestellen der städtischen Verkehrsbetriebe erlassen. Kahn ist Vater zweier Töchter im Teenageralter und sieht in solcher Werbung unrealistische Erwartungen an den eigenen Körper gestellt.

Auch in Deutschland läuft die Diskussion: Justizminister Heiko Maas möchte geschlechterdiskriminierende Werbung verbieten. Der Gesetzesentwurf ist noch nicht einmal veröffentlicht, da schlägt Maas bereits grosse Entrüstung entgegen. Bürger sehen sich bevormundet, die Werbebranche zensiert. Sie alle sagen, man müsse die Freiheit bewahren.

Nur: Welche Freiheit meinen sie? Sicher nicht jene der heranwachsenden Frauen, die überall mit normierten und bearbeiteten Frauenkörpern konfrontiert sind und Mühe haben, ein gesundes Körpergefühl zu entwickeln - entblösste Männer sind viel seltener Teil der Werbestrategie. Nein, die Gegner des Verbots fühlen sich um ihr Recht auf Erotik gebracht. Weil die Werbung den weiblichen Körper derart aggressiv benutzt, um Produkte zu verkaufen, macht sie diesen selbst zum Produkt. Der nackte Frauenkörper ist immer schon sexualisiert, er verheisst Erotik. Daran haben sich alle gewöhnt.

Yvonne Feri liegt wohl richtig, wenn sie mit Abwehr rechnet - wenn etwas mächtig ist, dann die menschliche Gewohnheit.

Einschulung Intellektuelle Frühstarter brauchen spezielle Betreuung. Von Edgar Schuler

Chancen für Wunderkinder

Früh eingeschulte Kinder bleiben öfter sitzen als normal eingeschulte. Fast jedes vierte Kind, das vor dem vierten Geburtstag seine Schullaufbahn beginnt, bleibt später kläglich hängen. Die meisten müssen schon im Kindergarten eine Ehrenrunde drehen. Das zeigen neue Zahlen der Zürcher Bildungsdirektion, über die der «Tages-Anzeiger» gestern berichtet hat.

Schuldige sind schnell gefunden: angeblich überambitionierte Eltern, die ihren Karriere-drang auf den Nachwuchs übertragen. Sie drängen sie nicht nur früh, sondern zu früh in die Schule. Der bedauernswerte Nachwuchs wird brutal seiner verspielten Kinderjahre beraubt. Dann ist er sozial und emotional überfordert.

Diese Sicht passt in eine graumäusige Schweiz, in der Ehrgeiz des Teufels ist und Gleichmacherei heilig. Sie kommt Bildungsbürokraten entgegen, denen stromlinienförmige Schulkarrieren für alle wichtiger sind als die beste Bildung für jede und jeden. Aber eigentlich ist es unbegreiflich: Überdurchschnittlich gescheite Mädchen und Buben, denen nicht nur Eltern, sondern auch Lehrer und Schulbehörden zutrauen, in der Schule aufzublühen, werden auf Feld eins zurückgeworfen.

Statt mit dem Finger auf Eltern zu zeigen, gäbe es produktivere Möglichkeiten, das Problem anzupacken: Die Schule muss sich besser auf begabte Frühreife einstellen. Wenn ein Kind die intellektuellen Voraussetzungen mitbringt, besonders früh Aussergewöhnliches zu leisten, darf man es nicht bremsen. Wenn es - was offenbar bei manchen Frühreifeignern der Fall ist - sozial und emotional hinterherhinkt, braucht es dafür gezielte Nachhilfe. Genau wie andere Kinder beim Lesen oder beim Rechnen.

Das Potenzial von Wunderkindern darf nicht vom Schuldurchschnitt zugeschüttet werden. Wir können es uns nicht leisten.